Gunther Tichy

Altern ist Leben - Ist es auch finanzierbar?*

Dass die Bevölkerung in allen Industrieländern durch das Zusammentreffen sinkender Fertilität mit höherer Lebenserwartung schrumpft, der Anteil der Älteren somit zunimmt, sodass eine geringere Zahl "Junger" eine größere Zahl "Alter" erhalten muss, ist weithin in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gedrungen. Die Folgen dieser Entwicklung werden jedoch vielfach unrichtig eingeschätzt: Abgesehen davon, dass demografische und Finanzierungsaspekte überschätzt und überbetont werden, ergibt sich das aus der bewussten Umlenkung der Diskussion auf vielfach ganz andere Ziele: Verantwortungslose Publizisten versuchen aus dem Schlagwort, dass künftig jeder "Junge" doppelt so viele "Alte" erhalten müsste, einen Generationenkonflikt um die Verteilung zu schüren (Tichy 2004b), neokonservative Politiker sehen eine Chance, traditionelle Staatsaufgaben billig loszuwerden, neokonservative Ökonomen glauben Möglichkeiten der Effizienzsteigerung durch Reduzierung der Umverteilung zu erkennen, und die Finanzwirtschaft versucht – von dem enormen Geschäftspotential einmal abgesehen – die Chance wahrzunehmen, ihre Macht erheblich zu stärken, indem sie den Kapitalmarkt als zentrales Steuerungselement der gesamten Wirtschaft etabliert. Die Funktion der Altersvorsorge und die wahren Probleme der steigenden demografischen Belastungsquote bleiben dabei weitgehend auf der Strecke.

Es kann und soll nicht Aufgabe dieser Arbeit sein, die unzähligen Gutachten und Detailvorschläge einer Reform der Altersvorsorge zu diskutieren; sie beschränkt sich bewusst auf drei grundlegende Fragen: Ist eine Lebensstandard-sichernde Altersversorgung in den nächsten fünf Dekaden wirklich unfinanzierbar? Kann eine Umstellung von der gegenwärtigen Umlagefinanzierung auf zumindest partielle Kapitaldeckung die Probleme lösen? Und: Wie sehen eigentlich die Betroffenen die Zukunft ihrer Altersversorgung? Was sind ihre Präferenzen? Die Antworten zeigen einige Aspekte auf, die in der laufenden Diskussion gerne unterdrückt werden: Erstens, dass die demografische Argumentation einseitig ist, weil sie kompensierende Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt vernachlässigt; es werden mehr Menschen arbeiten und weniger erhalten werden müssen, als die isoliert demografische Analyse impliziert. Zweitens stellt sich die Unfinanzierbarkeit der Pensionen keineswegs als unentrinnbares Schicksal heraus: auch wenn die Wirtschaft in Zukunft noch langsamer wächst als bisher, werden Produktion und Einkommen und damit der Wohlstand doch in einem Maße zunehmen, dass sowohl Junge wie Alte besser leben können als

Der Autor dankt A. Guger und Ch. Mayrhuber für wertvolle Kommentare zu einer ersten Fassung.

Die Fertilitätsrate hatte in Österreich zu Beginn der sechziger Jahre mit 2,8 ihren (Nachkriegs-)Höhepunkt erreicht, ist bis in die späten siebziger Jahre rasch auf 1,6 gefallen, und hat sich zuletzt auf etwa 1,4 stabilisiert; sie liegt damit auf dem Niveau von Deutschland und Japan, aber rund 0,3 Prozentpunkte unter der skandinavischen, englischen oder französischen. Die Lebenserwartung 60-Jähriger ist von 15 Jahren zu Beginn der fünfziger Jahre kontinuierlich auf zuletzt 21 Jahre angestiegen.

Während in Europa Finanzierungsängste möglicherweise wirklich die treibenden Elemente der Pensionsdebatte sind, stehen in den USA offensichtlich primär Geschäftsinteressen des Finanzsektors hinter dem Druck auf volle Privatisierung und Kapitaldeckung der Altervorsorge. In der über 100-seitigen Unterlage "Saving Social Security" wird Präsident Bush bei seiner Kampagne zu "einfacher Sprache" und zur anschaulichen Welt "kleiner Zahlen" sowie zur Vermeidung des Begriffs "Privatisierung" geraten (Fischermann 2005a; b; c). Siehe dazu auch Fußnote 21.